



EIDGENÖSSISCHES VERKEHRS- UND ENERGIEWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DEPARTEMENT FEDERAL DES TRANSPORTS, DES COMMUNICATIONS ET DE L'ENERGIE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DEI TRASPORTI, DELLE COMUNICAZIONI E DELLE ENERGIE
 DEPARTAMENT FEDERAL DA TRAFFIC ED ENERGIA

3003 Bern, 22. Juni 1993

An den Bundesrat

Informationsnotiz

Nicht zur Veröffentlichung bestimmt

**Bilaterale Treffen des Bundespräsidenten am Rande des Wirtschaftsforums
 in Montana-Crans, 20. Juni 1993**

Am 20. Juni traf der Unterzeichnende mit der Generalsekretärin des Europarates, dem Präsidenten Rumäniens, dem Premierminister der Slowakei sowie dem Generalsekretär der Arabischen Liga zu einem bilateralen Gedankenaustausch zusammen.

In der Beilage finden Sie eine Zusammenfassung dieser äusserst interessanten Gespräche, welche in einer guten und von gegenseitiger Aufmerksamkeit geprägten Atmosphäre stattgefunden haben. Der Unterzeichnende benutzte die Gelegenheit, die aussenpolitische Haltung der Schweiz in einem neuen europäischen Umfeld zu erläutern. Das Gespräch mit der Generalsekretärin des Europarates wurde zur Vorbereitung des Gipfels der Staats- und Regierungschefs vom 8./9. Oktober 1993 in Wien benützt. Während der Gespräche mit dem Präsidenten Rumäniens und dem Premierminister der Slowakei wurde in erster Linie die wirtschaftliche Lage dieser osteuropäischen Staaten erläutert.

EIDGENÖSSISCHES VERKEHRS- UND
 ENERGIEWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

Adolf Ogi

Beilage



Bilaterale Treffen von Bundespräsident A. Ogi am Rande des Forums in Montana-Crans vom 20. Juni 1993

Am Rande des Wirtschaftsforums in Crans traf Bundespräsident A. Ogi mit Frau C. Lalumière, Generalsekretärin des Europarates, mit dem rumänischen Präsidenten I. Ilescu, mit dem slowakischen Premierminister V. Meciar sowie dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Ahmad Abdel Meguid, zusammen.

1. Frau C. Lalumière (CL), Generalsekretärin des Europarates

Zur Sprache kamen der bevorstehende Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Wien vom 8./9. Oktober 1993, die weitere Entwicklung des Europarates, die Minderheitenproblematik in Osteuropa (Rumänien, Ungarn, Slowakei) sowie die Lage in Ex-Jugoslawien.

CL warb um schweizerische Unterstützung bei der Ausarbeitung von klaren, griffigen Resolutionen während des Gipfels in Wien. Sie hob das ungelöste Problem des Minderheitenschutzes in Osteuropa hervor und wies auf das Unverständnis dieser Staaten in dieser Frage hin.

Sie lobte das politische und finanzielle Engagement der Schweiz im Europarat und bat unser Land, sich weiterhin dafür einzusetzen, dass dem Europarat die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt würden.

BP A. Ogi sicherte zu, dass er die Vorbereitungen des Gipfels mit Interesse verfolge und dass die Schweiz die Zielsetzungen des Europarates vorbehaltlos unterstütze.

Er sprach sich dafür aus, dass dem Europarat die erforderlichen Mittel für eine aktive Politik sowie die Realisierung konkreter Projekte zur Verfügung gestellt werden sollten.

BP A. Ogi benutzte die Gelegenheit, um die schweizerische Aussenpolitik nach dem Nein zum EWR gegenüber der EG sowie den anderen Staaten Europas zu erläutern.

2. Präsident I. Ilescu (II), Rumänien

Erläutert wurde die Frage der Minderheiten in Rumänien, die wirtschaftliche Entwicklung (Zusammenarbeit mit schweizerischen Unternehmen) und Möglichkeiten der schweizerischen Hilfe im Bereich des Transports und der Telekommunikation (know-how Transfer).

II wies dabei insbesondere auf die Schwierigkeiten beim Uebergang von der Planwirtschaft zur freien Marktwirtschaft hin und hob bevor, dass demnächst dem rumänischen Parlament ein Bericht zur Wirtschaftslage vorgelegt werden könne.

Er sah Anzeichen einer positiven Entwicklung der rumänischen Wirtschaft.

BP A. Ogi erwähnte seinerseits Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten und erläuterte konkrete Möglichkeiten des know-how Transfers zwischen der Schweiz und Rumänien in den Bereichen der Telekommunikation und des Transports.

3. Premierminister V. Meciar (VM), Slowakei

Zur Sprache kamen die wirtschaftliche Lage der Slowakei nach der Trennung von der tschechischen Republik, die Aussenhandelsituation, die Möglichkeiten eines schweizerischen Beitrages zur Entwicklung dieses Staates sowie die zukünftige schweizerische Aussenpolitik nach dem Nein zum EWR.

VM führte aus, dass die Slowakei das erste Land des Ostens gewesen sei, das eine positive Aussenhandelsbilanz aufweisen konnte. Er wies darauf hin, dass schweizerische Unternehmen zu günstigen Preisen im Bankbereich in seinem Land aktiv werden könnten (Personalbereich).

BP A. Ogi unterstrich seinerseits, dass eine gute Infrastruktur im Verkehrs- und Telekommunikationsbereich eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung eines Landes darstelle.

Er hob hervor, dass die Entwicklung des Tourismus überall auf eine gute Infrastruktur angewiesen sei und viele Vorteile biete.

Zur Frage der schweizerischen Politik nach der Ablehnung des EWR wies BP A. Ogi darauf hin, dass die Schweiz keine Isolierung suche und dass unser Land Zeit brauche, damit der Bevölkerung die neue Lage in Europa klargemacht werden könne. Das Nein bedeute keine Abkehr von Europa.

4. Generalsekretär Ahmad Abdel Meguid (AM), Arabische Liga

Zur Sprache kamen Fragen des Friedensprozesses im Mittleren Osten, die Lage in Irak und Libyen, das Verhältnis zwischen der arabischen Welt und dem Iran sowie die weitere Entwicklung der diplomatischen Akademie in Malta.

Zur Lage in Irak führte AM aus, dass es verschiedene Auffassungen betreffend die Respektierung der Resolutionen des UN-Sicherheitsrates gegen den Irak gebe. Die Arabische Liga setzte sich für eine vollständige Durchsetzung dieser Resolutionen ein.

Die Situation im Irak bleibe problematisch: insbesondere leide die Zivilbevölkerung unter dem Embargo.

Der Irak sei ein wichtiges Land (Erdöl) und die Arabische Liga setze alles daran, damit seine Einheit erhalten bleibe.

Auf Anfrage von BP A. Ogi äussert sich AM wohlwollend zum schweizerischen Vorschlag einer aktiven Unterstützung der Diplomatischen Akademie in Malta durch die Arabische Liga.